

„...ein gewisser Übereifer und missverständene Auffassungen über die Ziele des Nationalsozialismus“¹
Gustav Krupp und die Neuordnung des industriellen Verbandswesens im deutschen Faschismus

Autor: Reiner Zilkenat

In den Monaten, die auf die Machtübertragung an die Faschisten folgten, existierten bei nicht wenigen Mitgliedern der Nazi-Partei Fehleinschätzungen und Missverständnisse über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs.

Die Ursache hierfür lag vor allem im spezifischen Charakter der NSDAP.

Einerseits verfügte sie über eine heterogene Massenbasis, die neben Angehörigen aus anderen sozialen Klassen und Schichten aus einer Vielzahl von kleinen und mittelständischen Selbständigen bestand, die in den Jahren der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise verelendet waren oder zumindest befürchten mussten, proletarisiert zu werden. Die demagogischen Forderungen der Nazis nach einer Vergesellschaftung der Warenhäuser, dem zu entfaltenden Kampf gegen das „jüdische“ Großkapital („raffendes Kapital“), die „Börsen-Jobber“ und Konzerne, fielen hier auf einen äußerst fruchtbaren Boden.

Andererseits dachten die Anführer der NSDAP, besonders Adolf Hitler und Hermann Göring, nicht im Traum daran, derartige Forderungen zu realisieren. Seit dem erdrutschartigen Wahlerfolg bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 war es einer immer größer werdenden Gruppierung von Großindustriellen und Bankiers vielmehr gelungen, nach und nach Hitler auf ihre wirtschaftspolitischen Ziele auszurichten. Das Problem: Es musste der Spagat ausgehalten werden zwischen den immer wieder öffentlich geäußerten „antikapitalistischen“ und „antimonopolistischen“ Verlautbarungen der Partei und der Rücksichtnahme auf die Herren der Großbourgeoisie. Für sie durften derartige propagandistische Forderungen niemals Leitlinien praktischer Politik werden. Herstellung einer Massenbasis für die Ziele des deutschen Monopolkapitals – ja; Äußerung scheinbar „antikapitalistischer“ Verlautbarungen zur Herstellung dieser Massenbasis – bitte nur in homöopathischen Dosen. Die Büchse der Pandora musste fest verschlossen bleiben.

Mahnend hatte die „Berliner Börsen-Zeitung“ bereits am 7.1.1931 geschrieben: „Der Nationalsozialismus extrahiert aus dem Sozialismus das marxistische Gift, wie man aus dem Kaffee das giftige Koffein herauszieht, um zum unschädlichen koffeinfreien Kaffee zu kommen. Aber was bei dieser Extraktion des marxistischen Giftes übrig bleibt, ist immer noch Sozialismus, dessen praktische Durchführung zu versuchen, immer noch gefährlich bleibt. Jetzt aber, wo der Nationalsozialismus ein Machtfaktor im Staate geworden ist, muss Realpolitik gemacht werden.“² Ganz in diesem Sinne dachte die maßgebliche Gruppierung um Hitler und Göring innerhalb der Nazi-Führung.

Störfeuer gegen die Großindustrie

Ende 1932 wurde auch für die Öffentlichkeit sichtbar, wer mittlerweile über die besseren Karten in diesem Spiel verfügte. Am 8. Dezember war Gregor Strasser, der als Exponent der „antikapitalistischen“ Kräfte in der NSDAP galt, kaltgestellt und seines Postens als Reichsorganisationsleiter enthoben worden. Strasser hatte mehrfach Aufsehen als Autor des „Wirtschaftspolitischen Sofortprogramms“ der NSDAP und als ihr wirtschaftspolitischer Sprecher im Reichstag erregt. Hier geizte er nicht mit antikapitalistischen Phrasen und lobte sogar die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen, vom Staat durch Kredite zu finanzierenden Arbeitsbeschaffungsprogramme. Das Fass zum Überlaufen brachten seine intensiven Kontakte zu Reichskanzler Kurt von Schleicher (3. Dezember 1932 bis 28. Januar 1933), der mit Hilfe der Freien und Christlichen Gewerkschaften sowie des „Strasser-Flügels“

¹ Zitat aus dem Geschäftsbericht des „Reichsstandes der Deutschen Industrie (Wirtschaftspolitische Abteilung)“, für die Monate Juni bis Oktober 1933, in: Bundesarchiv Berlin, R 3101/10604.

² Walter Zimmermann: Romantiker der Wirtschaftspolitik, in: Berliner Börsen-Zeitung, 7.1.1931.

innerhalb der NSDAP seinem Präsidial-Kabinett eine halbwegs stabile Basis verschaffen wollte – mit Strasser als Vize-Kanzler.

Authentische ökonomische Aussagen und Forderungen unterlagen spätestens seit Strassers erzwungenem Rücktritt von allen Parteiämtern der Kontrolle des so genannten Keppler-Kreises, einem Gremium aus Industriellen und Bankiers, das der Unternehmer Wilhelm Keppler auf Geheiß Hitlers installiert hatte (siehe *jw* vom 18.5.2012). Dabei wurden sie von Walther Funk unterstützt, der seit Dezember 1932 die Kommission für Wirtschaftspolitik in der Nazi-Parteizentrale in München leitete. Funk war ehemaliger Chefredakteur der „Berliner Börsen-Zeitung“ und Vertrauensmann großindustrieller Kreise innerhalb des faschistischen Parteiapparates.

Mit der Machtübertragung an die faschistische Partei am 30. Januar 1933 waren die Auseinandersetzungen um den wirtschaftspolitischen Kurs der NSDAP jedoch erneut aufgebrochen. Die Exponenten der kleinen und mittelständischen Unternehmer in der Nazi-Partei sowie viele „alte Kämpfer“ waren überzeugt, jetzt habe ihre Stunde geschlagen. Und die in der Partei und in ihrem Umfeld agierenden Vertreter eines „ständischen Aufbaus“ glaubten, ihre Vorstellungen einer berufsständischen Organisation der Wirtschaft realisieren zu können. Dabei tat sich besonders der am 15. Dezember 1932 gegründete „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“ unter der Leitung des Nazi-Reichstagsabgeordneten Adrian Theodor von Renteln, zugleich Referent in der Reichsleitung der NSDAP und 1931/32 Leiter der Hitler-Jugend und der NS-Studentenschaft, hervor. Auf lokaler und regionaler Ebene wurden zahlreiche Eingriffe von faschistischen Parteimitgliedern und Funktionären in die Organisation der Volkswirtschaft, in Interessenorganisationen, Industrie- und Handelskammern sowie auch einzelne Unternehmen praktiziert, in die willkürlich „Kommissare“ delegiert wurden. Von Renteln schien Karriere zu machen. Am 3. Mai 1933 wird er „Führer“ des „Reichsverbandes des deutschen Handwerks“, eine Woche später sogar Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), der traditionsgemäß vor allem die Interessen der mittelständischen Unternehmer vertrat. Offenbar wollte er den Versuch unternehmen, von diesen Positionen aus eine gleichberechtigte Stellung zum RDI und seinem Präsidenten Gustav Krupp von Bohlen und Halbach zu gewinnen. Wie sich herausstellen sollte: eine fatale Fehleinschätzung.

In den ersten Monaten des faschistischen Regimes schien es für die Parteiführung der NSDAP und ihre Regierungsmitglieder nicht einfach zu sein, derartige Aktionen zu unterbinden. Immer von neuem ergingen Anweisungen der Parteizentrale in München und der Reichsregierung, alle derartigen „störenden“ Maßnahmen zu unterlassen. Im Kern ging es darum, dass diese Kräfte jetzt ihre „Belohnung“ für ihr jahrelanges Engagement zugunsten der faschistischen Partei einforderten und die „antikapitalistische“ Parteipropaganda aus der Zeit der Weimarer Republik für bare Münze nahmen. Zugleich verlangten sie Maßnahmen zur Sicherung ihrer materiellen Existenz und zur Einschränkung der Macht der großen Industriebetriebe und Banken. Sie vermochten dabei nicht zu berücksichtigen, dass sie durch ihre Forderungen und Handlungen dem wichtigsten Daseinszweck des Nazi-Regimes, den zweiten „Griff nach der Weltmacht“ auch materiell vorzubereiten, entgegenwirkten.

Denn dazu bedurfte es, anders als in der Zeit des Ersten Weltkrieges und in den Jahren davor, einer zielgerichteten und zentralisierten Ausrichtung der gesamten Ökonomie bereits in der Phase der *Kriegsvorbereitung*. Für deren Organisation und Leitung konnten aber ausschließlich die großen Industrieunternehmen und ihre Exponenten in Frage kommen, nicht aber kleine Selbständige, Handwerksmeister und Unternehmer aus dem Mittelstand. Kurzum: Die Realisierung des alles überragenden, langfristigen Ziels der Faschisten, das sich ja in völliger Übereinstimmung mit den Zielstellungen der aggressivsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals befand, war ausschließlich mit deren aktiver Unterstützung zu erreichen.

Die Situation komplizierte sich dadurch, als im Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) am 23. März 1933 einer der seit Jahren eifrigsten Gönner der faschistischen Partei, Fritz Thyssen, einen rhetorischen Angriff gegen den RDI-Präsidenten Gustav Krupp vortrug. Er warf ihm vor, ein „Schlepperträger des bisherigen Systems“ gewesen zu sein. Zugleich gab er sich als Sympathisant eines „ständischen Aufbaus“ der deutschen Wirtschaft nach dem Muster des faschistischen Italien zu

erkennen. Thyssen, Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke, versuchte mit diesen Attacken, sich selbst als künftigen Präsidenten des RDI und damit zum Sprecher der Großindustrie ins Spiel zu bringen.

Doch Hitler und Göring orientierten sich auf Gustav Krupp als ihren „Vertrauensmann“, dem die Aufgabe einer Reorganisation des industriellen Verbandswesens übertragen wurde. Die Fronten klärten sich schließlich im Verlaufe des Frühjahres und Sommers 1933. Gustav Krupp hatte Adolf Hitler mehrfach seiner und seines Verbandes uneingeschränkter Loyalität versichert. (siehe *jw* vom 24.3.2013) Zugleich hatte er deutlich gemacht, dass die Nazi-Regierung nur gemeinsam mit den Vertretern der Monopolbourgeoisie die deutsche Volkswirtschaft in eine Kriegsvorbereitungswirtschaft überführen könnte.

„...in Übereinstimmung mit den politischen Zielen der Reichsregierung...“

Der 25. April 1933 spielt in diesem Zusammenhang eine überaus wichtige Rolle. An diesem Tag wird allen Parteidienststellen kategorisch verboten, selbständig so genannte Kommissare in Betrieben einzusetzen. Zeitgleich richtet Gustav Krupp einen Brief an Adolf Hitler, in dem es u.a. heißt, es sei „1. auf dem Gebiet der industriellen Verbandsorganisation das wirtschaftlich Gegebene mit dem politisch Notwendigen abzustimmen. 2. die neue Organisation in Übereinstimmung mit den politischen Zielen der Reichsregierung zu bringen und sie zugleich so rationell und schlagkräftig zu gestalten, dass sie, der Bedeutung der Industrie entsprechend, ein wirksames Instrument der industriellen Wirtschaft im Rahmen des nationalen, sozialen und gesamtwirtschaftlichen Wiederaufbaues sein kann.“ Am 3. Mai bestätigt Hitler, dass ausschließlich Krupp als alleiniger Bevollmächtigter befugt sei, die Neuorganisation des industriellen Verbandswesens zu konzipieren. Der geht sogleich ans Werk. Am Ende steht der am 19. Juni 1933 konstituierte „Reichsstand der Deutschen Industrie“, der den Zusammenschluss des RDI mit der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände“ bedeutet. Die Zentralisation des Verbandswesens der deutschen Industrie unter der Leitung Krupps hat damit ein erstes Etappenziel erreicht.

„Revolution“ ist abgeschlossen

Zur gleichen Zeit entscheiden die Reichsregierung und die Führung der faschistischen Partei, dass notfalls durch Zwang alle Maßnahmen rückgängig zu machen seien, die von NSDAP-Dienststellen und Funktionären auf der unteren Ebene zu unerwünschten Eingriffen in die Wirtschaft und das Verbandswesen geführt hatten. Dabei sinkt auch der Stern von Rentelns, dessen „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“ am 7. August 1933 endgültig aufgelöst wird. Schon am 8. Mai hatte Hermann Göring als Preußischer Ministerpräsident alle Eingriffe dieser Organisation in die Wirtschaft innerhalb seines Landes verboten; die Münchner Parteizentrale hatte nur fünf Tage später den „Kampfbund“ angewiesen, derartige Einmischungen überall in Deutschland unverzüglich zu unterlassen. Am 16. Mai untersagte die Führung der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ (NSBO) ihren Mitgliedern in den Betrieben, sich an irgendwelchen Aktionen gegen die Unternehmensleitungen zu beteiligen, so zum Beispiel sich in die Belange der Geschäftsführung einzumischen, Lohn- und Arbeitszeitforderungen aufzustellen, die Entlassung missliebiger Kollegen durchzusetzen oder sogar die Absetzung von Unternehmensführern zu verlangen.

Am 6. Juli deklarierte Hitler offiziell die „Beendigung der Revolution“; einen Tag später verfügte der neu ins Amt berufene Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt, der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Allianz-Versicherung, dass alle Bestrebungen eines „ständischen Aufbaus“ der Wirtschaft eingestellt werden müssten. Im Sommer 1933 zeichnet sich somit immer deutlicher ab, dass die Zeiten der „wilden“ Aktionen und Maßnahmen von Seiten der faschistischen Basis auf den erklärten Widerstand der Parteiführung stoßen und keine Zukunft haben werden.

Die „Frankfurter Zeitung“ zeigt sich in einem Kommentar vom 9. August 1933 sichtbar erleichtert, dass der lästige „Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand“ nicht länger existiert: „Die Tätigkeit des Kampfbundes konnte manchmal nur mit einer gewissen

Sorge betrachtet werden. Man erinnert sich der Klagen über Kampfbundeingriffe, die besonders bei der Durchführung der Neuwahlen bei den Industrie- und Handelskammern vorgekommen waren. Je mehr sich der Kampfbund von seinem ursprünglichen Propagandaziel entfernte, je mehr er in das Gefüge des deutschen Verbands- und Innungswesens einzugreifen und die Leitung des ständischen Aufbaus vor vollendete Tatsachen zu stellen suchte, um so mehr wurde die Kurzsichtigkeit solchen Handelns offenbar und verbreitete Unruhe gerade in den Wirtschaftskreisen, auf deren Initiative und Vertrauen es heute mehr denn je ankommt.“³

Adolf-Hitler-Spende

Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der anfangs eine gewisse Reserviertheit gegenüber den Nazis an den Tag gelegt hatte, wird zu einem entschiedenen Parteigänger des faschistischen Regimes und Hitlers persönlich. Am 30. Mai 1933 tritt er an die Spitze des Kuratoriums der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“. Zum einen soll damit die unkoordinierte „Sammelwut“ unterer Parteigliederungen beendet werden, die laufend in Unternehmen und Verbänden um Spenden nachsuchten. Zum anderen ist jetzt sichergestellt, dass die NSDAP regelmäßig mit reichlich Bargeld versehen wird, um ihren Parteiapparat, ihre Gliederungen und Organisationen, darunter die SS, die Hitlerjugend und die Auslandsorganisation der Nazi-Partei, problemlos mit den nötigen finanziellen Mitteln versorgen zu können. 1933 wurden bei den Unternehmen Spenden auf der Basis von fünf Promille ihrer jeweiligen Lohnsumme des Jahres 1932 erhoben. Bis zum Jahre 1945 kommen ungefähr 700 Millionen Reichsmark zusammen, von denen etwa 100 Millionen für den Ausbau von Hitlers Domizil auf dem Obersalzberg aufgewandt werden. Krupp pflegt im Übrigen seine Loyalität zum faschistischen Regime und zu Adolf Hitler persönlich immer aufs Neue zu artikulieren und zu rechtfertigen.

„Wir danken Ihnen, Herr Reichskanzler, für die grundlegende Wandlung, die Sie in den letzten acht Monaten dem deutschen Volke und uns allen gebracht haben und die wir alle im Volke dankbar anerkennen“, so umschmeichelt Krupp am 20. September 1933 den faschistischen „Führer“ bei einer Zusammenkunft von Politikern, Industriellen und Bankiers in der Reichskanzlei. „Ich glaube“, so fährt er fort, „wir dürfen wohl dieses Versprechen hier alle abgeben, dass wir uns bemühen werden, das Gefühl zu verbreiten und zu vertiefen, dass wir alle wieder froh sein dürfen, zu arbeiten, zu schaffen unter einer klaren zielbewussten Führung.“ Das Protokoll vermerkt „Bravo!“ und „Händeklatschen“.⁴ Am Ende konstatierte der Reichsstand der Deutschen Industrie für die Monate Juni bis Oktober 1933 in seinem Geschäftsbericht zwar „einen gewissen Übereifer und missverständliche Auffassungen über die weltanschaulichen Ziele des Nationalsozialismus“, der von Seiten der Nazi-Parteigänger bei den kleinen Selbständigen und mittelständischen Unternehmern zu beobachten gewesen sei. Doch mittlerweile hatte sich die Situation entscheidend verändert.

Perspektive Aggressionskrieg

Abschließend bleibt festzuhalten, dass ohne die Unterstützung der Herren aus Großindustrie und Banken die deutschen Faschisten die ersten Monate nach dem 30. Januar 1933 nur schwerlich in den Regierungsämtern hätten überstehen können. Die Herren Krupp, Thyssen und Konsorten verfügten durchaus über reale Möglichkeiten, die noch ungefestigte Macht der Nazis zu kippen. Doch bei allen Missverständnissen und Kontroversen bleibt festzuhalten, dass letztlich die weitgehende Identität der Interessen den Ausschlag gab: Kompromisslose und dauerhafte Ausschaltung der Arbeiterbewegung im Innern, auch durch die Anwendung von Terror, sowie die zentralistische Organisation der Volkswirtschaft bei voller Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und dem unangefochten wirkenden „Herr-im-Hause“-Standpunkt der Monopolbourgeoisie. Dieses alles diente letztlich dem Ziel der zielgerichteten

³ Frankfurter Zeitung, 9.8.1933: „Die Wirtschaft vertraut auf die Reichsgewalt“.

⁴ Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Bd. II, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1983, Nr. 213, S.821.

Vorbereitung eines erneuten Aggressionskrieges. Bereits *vor* seiner Entfesselung musste jede Opposition im Innern mundtot gemacht und die Ökonomie von Beginn an auf die Notwendigkeiten einer Kriegswirtschaft ausgerichtet werden. Hierin wurzelten die gemeinsamen Interessen zwischen faschistischer Partei und deutscher Monopolbourgeoisie.

General Wilhelm Groener, der Erste Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung des kaiserlichen Heeres, hatte schon in einem Vortrag am 20. Mai 1919 gemahnt: „Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muss man dies von langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. Man darf nicht hin- und herschaukeln und Friedenspolitik treiben, sondern man muss restlos Machtpolitik treiben. Dazu gehört aber, *dass der Grund und Boden, auf dem man steht, im Innern wie nach außen fest und unerschütterlich bleibt.*“⁵ Keine vierzehn Jahre später sollten die deutschen Faschisten damit beginnen, diese „Lehren“ des Ersten Weltkrieges gemeinsam mit Krupp und Konsorten zu realisieren.

Dabei wurde offensichtlich, dass die aktive Rolle, die führende Industrielle und Bankiers bei der Machtübertragung an die NSDAP an der Jahreswende 1932/33 gespielt hatten, sich gelohnt hatte. Die Aufrüstung der Wehrmacht, die Okkupation fremder Länder, die hemmungslose Ausbeutung von Millionen Zwangsarbeitern, die „Arisierungen“ im In- und Ausland, hatten beispiellos hohe Profite in die Kassen der Konzerne gespült. Ihnen waren der Krieg und die Kriegsvorbereitung – um ein Wort des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zu zitieren – bekommen „wie eine Badekur“. Übrigens: Gustav Krupp von Bohlen und Halbach war nach der Befreiung vom Faschismus zunächst einer der Hauptangeklagten bei den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg. Kurz vor Prozessbeginn wurde er wegen Krankheit für „verhandlungsunfähig“ erklärt. Er starb friedlich im Jahre 1950. Für die Verbrechen, die er beging und ermöglichen half, ist er nie zur Rechenschaft gezogen worden.

⁵ Zitiert nach: Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1945, hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler, Berlin-DDR 1975, S.165.